

Artikel vom 01.04.2018

Jahresauftakt 2018

Jörg Kunstmann informiert über die aktuelle Politik



Stellvertretender Landrat Jörg Kunstmann informierte die Mitglieder der Thurnauer CSU bei ihrem Jahresauftakt über die aktuellen Entwicklungen in der Politik. Er freute sich, dass die Bürgerversicherung nicht kommt, 15000 Polizisten mehr eingestellt werden und die Mütterrente 2 umgesetzt werden und das Kindergeld erhöht werden soll. Auch eine Sicherheitsgarantie soll im Bayernplan enthalten sein. Die dezentralen Strukturen sollen gestärkt werden und das schnelle Internet im Land überall verfügbar sein. Im Bereich der Flüchtlingsproblematik sollen nicht mehr Personen aufgenommen werden, wie betreut und integriert werden können. Wichtig ist auch, dass wir wissen, wer in unser Land kommt und der Familiennachzug derzeit begrenzt wird. Im Landkreis Kulmbach haben sich die versicherungspflichtigen Arbeitsplätze erhöht, Schulden wurden abgebaut, auch mit der Stabilisierungshilfe. Damit wurden die Kommunen handlungsfähiger gemacht. Mit dem Uni-Campus bekommt Kulmbach Studenten und hochwertige Arbeitsplätze. Auch Thurnau profitiert mit den zwei Autobahnausfahrten und dem Schloss als Veranstaltungsort. Kunstmann forderte die CSU-Mitglieder auf, in den Landtagswahlkampf geschlossen zu starten. Markus Söder konnte mit seiner Umsetzung des Heimatplanes durch Auslagerung verschiedener Behörden und der DSL-Versorgung im ganzen Land bereits punkten. Seine weiteren Themen, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen und die Kommunen auch künftig besser auszustatten, finden Anklang. Die Mandatsträger müssen in ständigem Kontakt mit der Basis bleiben, um die vielen Aufgaben, die die Menschen im Land beschäftigen, anzugehen. Für die Ertüchtigung und Sanierung von Schwimmbädern gebe es künftig ein Förderprogramm von 500 Mill. Euro. Themen der Mitglieder des CSU-Ortsverbandes Thurnau waren unter anderem die Busverbindung Hollfeld/Bayreuth, der schulfreie Buß- und Betttag in Bayern sowie mögliche Förderprogramm zum

Heizungsaustausch im Bereich der Energiepolitik.